

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Asylsuchende im Kreis Germersheim

Die **Kleine Anfrage 3172** vom 16. März 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Asylsuchende wurden jeweils in den Jahren seit 2010 und bisher in 2015 im Kreis Germersheim aufgenommen?
2. Wie viele Asylanträge wurden in diesen Jahren (pro jeweiligem Jahr der Antragstellung ausweisen) jeweils positiv und negativ beschieden?
3. Wie viele Personen deren Antrag final negativ beschieden wurde sind noch im Landkreis Germersheim geduldet?
4. Wie viele Personen die in diesen Jahren das Angebot der freiwilligen Ausreise angenommen haben, haben seitdem wieder Folgeanträge gestellt?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. April 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die dem Landkreis Germersheim zugewiesenen Asylsuchenden können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr	Personen
2010	67
2011	83
2012	89
2013	140
2014	335
2015 (bis 7. April 2015*)	170

*) Es liegen bereits Verteilungsverfügungen bis zu diesem Datum vor.

Zu Frage 2:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Zahlen vor. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführte Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik wird nicht für den Bereich einzelner Ausländerbehörden, sondern nur für das gesamte Land Rheinland-Pfalz erstellt. Zudem enthält die Statistik keine Angaben darüber, in welchem Jahr die entschiedenen Asylanträge gestellt wurden.

b. w.

Zu Frage 3:

Laut Auskunft der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung Germersheim werden derzeit im Landkreis Germersheim 68 Personen geduldet, deren Antrag final negativ beschieden wurde.

Zu Frage 4:

Laut Auskunft der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung Germersheim sind seit 2011 (die vorherigen Jahre wurden nicht erfasst) 52 Personen nach der freiwilligen Ausreise erneut in das Bundesgebiet eingereist und haben einen Asylfolgeantrag gestellt.

Irene Alt
Staatsministerin